

# Überzeugungsarbeit nötig

Gegenwind bei Plänen zu autofreier Lüchower Innenstadt – Stadtrat will in interfraktioneller Sitzung über Vorgaben für Fotovoltaik-Freiflächenanlagen sprechen

VON PETRA WITTE

**Lüchow.** Zu den Plänen, die Lüchower Innenstadt im Zuge des Projekts „Resiliente Innenstadt“ zu großen Teilen für den Autoverkehr zu sperren, habe es „enormen Gegenwind“ gegeben. Das berichtete Lüchows Bürgermeister Torsten Petersen (UWG) am Montag auf der Sitzung des Stadtrates im Lüchower Gildehaus. Vielen Lüchower Unternehmern, die auf einer Sitzung der Interessengemeinschaft Handel und Gewerbe (IHG) über das Vorhaben informiert wurden, sei offenbar nicht klar gewesen, „dass die Steuerungsgruppe mit ihren Planungen schon sehr weit“ sei, sagte Petersen.

Seitdem habe die Gruppe viele Vorschläge erhalten, auf deren Grundlage man das Vorhaben noch einmal neu bewerten wolle. Die Steuerungsgruppe nehme sämtliche Anregungen der Bürger/innen in die Entscheidungsfindung mit auf, versicherte Petersen und fügte hinzu: „Es gibt ganz viele differenzierte Meinungen, und wir versuchen, das Beste daraus zu machen.“ Angedacht sei, in einer Visualisierung zu zeigen, was in der – verkehrsberuhigten – Innenstadt entstehen soll, etwa Begrünungsmaßnahmen. „So könnte man vielleicht zu einem verbesserten Prozess finden“, hofft der Bürgermeister, Überzeugungsarbeit leisten zu können.

## Fotovoltaik: „Ein abendfüllendes Thema“

Auch beim Bereich Fotovoltaik-Freiflächenanlagen besteht offensichtlich noch Gesprächsbedarf. „Das ist ein abendfüllendes Thema“, mit dem man sich seit mehr als zwei Jahren befasse – „aber wir haben das Gefühl, es geht nicht recht voran“, sagte Lüchows Bauamtsleiter Udo Schulz.



Gibt es künftig einen unverstellten Blick auf den Amtsturm? Das Konzept für die Verkehrsberuhigung der Lüchower Innenstadt sieht vor, zwischen Marktplatz und Jeetzkanal nicht nur die Lange Straße, sondern auch die in dem Bereich liegenden Stichstraßen für den Durchgangs- und Parksuchverkehr zu sperren. *Aufn.: P. Witte*

So habe die Samtgemeinde Lüchow zwar in Zusammenarbeit mit dem Landkreis in einer Potenzialanalyse erarbeitet, welche Flächen etwa aus naturschutzfachlicher Sicht geeignet seien und welche nicht (EJZ berichtete).

Doch Vorhabenträger würden meist andere Flächen als die in der Analyse ausgewiesenen bevorzugen. Außerdem würden in der Potenzialanalyse nicht die für die Landwirtschaft wichtigen Bodenpunkte berücksichtigt, die derzeit nach Entscheidung der Samtgemeinde ab 30 Punkten ebenfalls ein Ausschlusskriterium wären. Um sich über das weitere Vorgehen zu einigen, soll es zeitnah eine interfraktionelle Sitzung geben. Vor dem Hintergrund der dort getroffenen Entscheidungen könne der Rat dann entscheiden, für welche der derzeit fünf Projektanfragen auf Lüchower Flächen er sich entscheidet.

Bei den Instandsetzungen der Straßen und Gehwege in Lüchow ist der Rat einstimmig den Empfehlungen des Ausschusses für Straßen, Wege, Planung, Klima gefolgt (EJZ berichtete). Demnach werde in diesem Jahr die Roland-Brandin-Straße repariert, und zwar etwa in der Mitte der Strecke, wo sich die Einfahrten der Feuerwehr und des Busunternehmens Irro befänden und starke Beschädigungen vorhanden seien, berichtete Udo Schulz. Dafür stehen 108 000 Euro zur Verfügung. Für weitere 15 000 Euro sollen Unterhaltungsmaßnahmen am Beutower Ortseingang erfolgen. Das meiste Geld nimmt die Stadt für die Sanierung der stark frequentierten Senator-Sandhagen-Straße in die Hand: 163 000 Euro.

Mit 80 000 Euro ist die Humboldtstraße bei den investiven Maßnahmen der Gehwege der größte Brocken. Kleinere Maßnahmen plant die Stadt an der

Gartenstraße und an der Drauhewner Straße, wo für 7 000 beziehungsweise 9 000 Euro hochstehende Platten erneuert werden sollen. Einstimmig folgten die Ratsmitglieder auch der Empfehlung sowohl des Wegeals als auch des Verwaltungsausschusses, auf dem Fußgängerweg, der die Rosenstraße mit dem Dr.-Lindemann-Parkplatz verbindet, keine weitere Laterne aufzustellen. Das hätte rund 9 500 Euro gekostet, sagte Schulz. Der „gut beleuchtete Burgmühlenweg“ sei eine gute Alternative, hieß es in der Sitzungsvorlage.

Eine Gegenstimme und vier Enthaltungen gab es bei der Entscheidung, dass sich die Stadt mit 27 000 Euro am Ausbau einer Zufahrt in Kolborn beteilige, die über einen städteigenen Wirtschaftsweg erfolgt. Hätte die Stadt den Weg auf eigene Kosten auf etwa der Hälfte der Strecke selbst ausgebaut, hätte

das rund 35 000 Euro gekostet, berichtete Schulz.

Auf Empfehlung der Verwaltung hat der Rat einstimmig entschieden, das Gesetz zur Beschleunigung kommunaler Abschlüsse anzuwenden. Dadurch kann die Verwaltung die Jahresabschlüsse 2019 bis 2022 in einem vereinfachten Verfahren erstellen. So müssen kein ausführlicher Anhang und kein Rechenschaftsbericht erstellt werden, und das Landesrechnungsprüfungsamt prüft die Abschlüsse in diesem Zeitraum nicht. Auch für 2019 bis 2022 werden Bilanz, Ergebnis- und Finanzrechnung vorgelegt, die Investitionen analysiert und die Budgets betrachtet, erführen die Ratsmitglieder, die die Jahresabschlüsse weiter beschließen. Ab 2023 werde es dann wieder reguläre Abschlüsse geben. Eine „Win-win-Situation“ für das Landesrechnungsamt und die kommunale Verwaltung, sagte Torsten Petersen.